

Notizen

CLEMENS VOLLNHALS

HITLER-REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN. FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Am 14. Februar 1992 präsentierte das Institut für Zeitgeschichte zusammen mit dem K. G. Saur-Verlag die ersten Bände einer neuen Hitler-Edition. Die wissenschaftlich kommentierte Edition, die mit der Wiederbegründung der NSDAP im Februar 1925 einsetzt und bis zum 30. Januar 1933 führen wird, enthält in erster Linie die Reden Adolf Hitlers, sodann schriftliche Zeugnisse: programmatische Schriften, Aufsätze, Artikel, Aufrufe sowie parteiinterne Schreiben und Anordnungen. Außerdem sind die Erklärungen und Zeugnisaussagen Hitlers vor Gericht aufgenommen worden.

Die Hitler-Dokumente der Jahre 1925–1933 schließen zeitlich an die von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn besorgte Edition „Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924“¹ an. Das Vorhaben einer umfassenden Dokumentensammlung erschien dem Institut für Zeitgeschichte vor allem deshalb wichtig, weil für die hochbedeutsame Phase des Aufstiegs der NSDAP, der immer stärkeren Entfaltung der persönlichen Führerrolle Hitlers innerhalb der NS-Bewegung und der maßgeblich von ihm bestimmten Politik und Taktik des Kampfes um die Macht eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse der Aktivitäten Hitlers als Redner, Politiker und Parteiführer fehlte.

Die wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus brachte zwar neben einer Vielzahl von Veröffentlichungen einzelner Hitler-Dokumente auch eine beachtliche Anzahl von Dokumentationen und Editionen hervor. Sie konzentrieren sich jedoch auf zwei deutlich voneinander abgesetzte Abschnitte: auf die Frühzeit der NSDAP, von Hitlers Eintritt in die Politik 1919 bis zum gescheiterten Putschversuch 1923, und auf die Zeit des „Dritten Reiches“. Dasselbe gilt für den zeitgenössischen Dokumentationsstand. Bemerkenswert ist, daß auch seitens der NSDAP nach dem Hitler-Prozeß 1924 bis zur Machtergreifung 1933 keine Redensammlung ihres Führers mehr publiziert wurde. Ja, daß selbst während der NS-Zeit weder eine bibliographische Nachweisung noch eine umfassende Dokumentation von Hitler-Reden aus der „Kampfzeit der Bewegung“ erfolgte. Als Resümee des im Vorwort zur Edition ausführlicher skizzierten Dokumentationsstandes ist festzustellen: Mit Ausnahme der von Max Domarus bereits Anfang der sechziger Jahre publizierten Edition², die erst mit dem 1. Januar 1932 einsetzt und viele Dokumente nur in Auszügen wiedergibt, ist für den Zeitraum der vorliegenden Edition eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse Hitlers bisher nicht geleistet worden.

Die Absicht, das von Jäckel und Kuhn begonnene Vorhaben in modifizierter Form fortzuführen, geht auf das Jahr 1980 zurück. Damals hatte unter dem Direktorat von Martin

¹ Stuttgart 1980.

² Hitler – Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. I: Triumph (1932–1938), Bd. II: Untergang (1939–1945), Würzburg 1962/63.

Broszat der Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, Anton Hoch, mit den ersten Arbeiten zur systematischen Erfassung, Nachweisung und Sammlung von Hitler-Dokumenten der Jahre 1925–1933 begonnen. Nach seinem unerwarteten Tod wurde die Erschließungs- und Sammlungstätigkeit, die über mehrere Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde, von den Institutsmitarbeiterinnen Hildegard v. Kotze und Maria-Helene Müller in zeitweiliger enger Kooperation mit Albrecht Tyrell, damals Universität Bonn, fortgesetzt. Die ursprünglich geplante Kombination von Textedition sowie auch der Nachweisung aller sonstigen Hitler-Aktivitäten³ erwies sich freilich als nicht realisierbar.

Die vorliegende Edition, deren ersten zwei Bände nun den Zeitraum von der Wiederbegründung der NSDAP bis zur Reichstagswahl im Mai 1928 umfassen, enthält daher nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn. Hierzu zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Nicht aufgenommen wurden hingegen Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben sind. Die Nachweisung von Unterredungen, Verhandlungen und anderen Aktivitäten Hitlers soll allerdings, verbunden mit der Erstellung eines detaillierten Itinerars, nach Abschluß der Edition in einem späteren Arbeitsschritt erfolgen. Nicht aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen, sowie Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP. Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln o.ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht geboten sein. Damit ist auch gesagt, daß die Edition zwar dem Prinzip umfassender Dokumentation verpflichtet ist, nicht aber den Anspruch erhebt, *sämtliche* Aufzeichnungen Hitlers vorzulegen.

Im Mittelpunkt der Edition stehen die Reden. Das Übergewicht dieser Quellengattung entspricht der überragenden Bedeutung, die Hitler dem gesprochenen Wort im Gegensatz zum geschriebenen zumaß. Die suggestive Kraft seiner rhetorischen Potenz rückte den „unbekannten Gefreiten“ des Ersten Weltkrieges ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, ließ ihn vom „Trommler“ zum „Führer“ der jungen NS-Bewegung werden. Das agitatorisch-demagogische Vermögen und der feste Glaube an seine Mission zeichneten Hitler bereits in den frühen zwanziger Jahren gegenüber anderen Parteiführern aus; sie begründeten nach der Entlassung aus der Landsberger Festungshaft am 20. Dezember 1924 erneut seine charismatische Führerrolle in der NSDAP. Da sich Hitler als der Verkünder eines neuen politischen Glaubens verstand, standen seine Reden nicht zum Diskurs, sondern waren missionarische Predigt. Dennoch oder gerade deshalb stellten sie bis 1933 das mit Abstand wirkungsvollste Propagandamittel der NS-Bewegung dar.

Neben den Reden aus der „Kampfzeit“, von denen die meisten bislang weder beachtet

³ Vgl. Notiz „Hitler-Dokumente 1925–1932“, in: VfZ 35 (1987), S. 167 ff.

noch publiziert wurden, sind für die wissenschaftliche Analyse die programmatischen Schriften Hitlers unverzichtbar. Nach der Bekenntnisschrift „Mein Kampf“ (in der Edition nicht enthalten) ist vor allem das zu Lebzeiten Hitlers unveröffentlichte „Zweite Buch“ zu nennen, dessen Erstausgabe (1961)⁴ vergriffen ist und deshalb im Rahmen der Edition erneut vorgelegt wird. Programmatische Äußerungen enthalten selbstverständlich auch zahlreiche Aufsätze und Artikel, die wie die Bücher ganz gesprochenes Wort sind. Die dritte Hauptgruppe der in dieser Edition präsentierten Dokumente stellen die parteiinternen Schreiben und Anordnungen Hitlers dar. Sie umfassen die ganze Spannweite von grundlegenden politischen Richtlinien und organisatorischen Anweisungen bis zur lapidaren Bekanntgabe einzelner Parteiausschlüsse. Die Anordnungen dokumentieren, ungeachtet ihrer thematischen Breite und Vielfalt, vor allem eines: nämlich den absoluten Führungsanspruch Hitlers.

Das der Edition zugrundeliegende Prinzip, die Reden Hitlers möglichst umfassend zu dokumentieren, bedingt inhaltlich zahlreiche Überschneidungen und Wiederholungen, die ihrerseits den suggestiv-monotonen Rhythmus nationalsozialistischer Propaganda widerspiegeln. Gegenüber einer auf bestimmte Fragestellungen konzentrierten Auswahl-Edition bietet dieses Prinzip jedoch mehrere, für die wissenschaftliche Erkenntnis bedeutsame Vorteile: Die umfassende Wiedergabe aller thematischen Variationen erlaubt eine wesentlich differenzierte Darstellung sämtlicher Aspekte von Hitlers Weltanschauung, ihrer stufenweisen Entwicklung und inneren Systematik. So unterschiedlich man die Frage nach dem Stellenwert der Ideologie für das spätere politische Handeln Hitlers beantworten mag, so war sie doch weit mehr als pure propagandistische Phraseologie. Authentische Zeugnisse über Weltanschauung und Zielsetzung des Nationalsozialismus sind deshalb letzten Endes immer wieder bei Hitler selbst zu suchen. Die mit dieser Edition nunmehr ungleich breitere Quellenbasis erlaubt weiterhin eine fundierte Analyse der nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße von Hitler bestimmten NS-Propaganda. Anhand der Reden läßt sich insbesondere die zeitliche Abfolge politischer und ideologischer Schwerpunktsetzungen wesentlich klarer herausarbeiten, als dies bisher der Fall war. Da erfolgreiche Propaganda stets einen Prozeß wechselseitiger Kommunikation darstellt, geben die Reden zugleich Auskunft über den Adressatenkreis, über die politischen, sozialen und ideologischen Erwartungen, ja psychischen Sehnsüchte, die von der NS-Bewegung aufgenommen und politisch kanalisiert wurden. Nicht zuletzt geben die Dokumente Aufschluß über das konkrete Handeln Hitlers als Parteiführer und Politiker. Die Edition erweitert damit nicht nur die Grundlage der biographischen Hitler-Forschung, sondern stellt darüber hinaus ein unentbehrliches Quellenwerk zur Geschichte der NSDAP während der Weimarer Republik dar.

Die wissenschaftlich kommentierte Edition erscheint im K. G. Saur-Verlag. Sie beruht auf mehrjährigen intensiven Recherchen des Instituts für Zeitgeschichte in Archiven der Bundesrepublik, der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Österreichs und Polens sowie auf einer umfassenden Auswertung der oft entlegenen Berichterstattung der Lokal- und Regionalpresse über die Rednerauftritte Hitlers. Die Edition ist auf insgesamt sechs Bände konzipiert, die je nach Umfang in Teilbänden ausgeliefert werden. Die Bände III und IV werden voraussichtlich 1994 erscheinen. Jeder Band enthält ein Personenregister mit

⁴ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

detaillierten biographischen Angaben. Mit Erscheinen des letzten Bandes wird das Werk zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.
Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte. Band I: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926. Herausgegeben und kommentiert von Clemens Vollnhals, München/London/New York/Paris 1992, XXIX u. 496 Seiten. Band II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928. Herausgegeben und kommentiert von Bärbel Dusik, München/London/New York/Paris 1992, 2 Teilbände, XVI u. 881 Seiten.

BERND WEGNER

DEUTSCHE AKTENBESTÄNDE IM MOSKAUER ZENTRALEN STAATSARCHIV

Ein Erfahrungsbericht

I.

Daß im Zuge politischer Umwälzungen lange gesperrte Archivbestände der Forschung zugänglich werden, ist eine für den Historiker immer wieder aufregende, im Grunde aber geläufige Erfahrung. Die Freigabe der von der tschechischen Regierung über Jahrzehnte verleugneten deutschen Akten im Prager Kriegsarchiv (aus dem Bestand des ehemaligen Archivs der Waffen-SS auf Schloß Zásnuky) ist dafür nur ein typisches Beispiel; ähnliche Erfahrungen kann der Historiker derzeit in zahlreichen Archiven des ehemaligen Ostblocks machen. Was freilich die sowjetische Journalistin Ella Maximova im Frühjahr 1990 der interessierten Öffentlichkeit in einer Reihe von Beiträgen für die „Izvestija“ sowie wenig später auch in der (deutschsprachigen) Zeitschrift „Sowjetunion heute“ mitzuteilen wußte¹, übertraf alle Erwartungen sowjetischer wie ausländischer Historiker und wurde zu Recht als Sensation empfunden: Sie bestätigte nicht nur das Vorhandensein deutscher Akten in sowjetischem Gewahrsam, sondern enthüllte erstmals die Existenz eines speziell für die Verwaltung dieser und anderer „Trophäen“ errichteten Geheimarchivs. Name, Inhalt und Funktion dieses „Zentralen Staatlichen Sonderarchivs der UdSSR“ (inzwischen in „Zentrales Staatsarchiv“ umbenannt), immerhin des sechstgrößten aller ehemals sowjetischen Archive, waren über 45 Jahre hinweg beharrlich verschwiegen worden. Kein Türschild, keine Adresse, keine Quellenangabe in der Literatur wiesen auf das bis in die jüngste Zeit für alle sowjetischen und ausländischen Wissenschaftler grundsätzlich gesperrte Archiv hin.

Dieser Geheimniskult entsprang, was immer seine ursprünglichen Gründe gewesen sein mögen, während einiger Jahrzehnte insofern einer gewissen Logik, als die sowjetische Regierung offiziell erklärte, alle von ihr erbeuteten deutschen Akten an die DDR übergeben zu haben. Zweifel daran hatten freilich, wie dem Verfasser aus Gesprächen mit ostdeutschen Kollegen bereits einige Jahre vor der „Wende“ erinnerlich ist, schon seit langem bestanden. Definitiv bestätigt wurden sie, als 1988 erneut Akten aus sowjetischem Gewahrsam – es handelte sich vorwiegend um Materialien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, darunter umfangreiches Marineschriftgut – gleich tonnenweise nach Potsdam überführt wurden².

¹ Izvestija, Nr. 49–52 (1990); „Streng geheim!“, in: Sowjetunion heute, Nr. 8 (August 1990), S. 32 ff.

² Vgl. Archivmitteilungen, Heft 5/1989, S. 179. Danach wurden im Dezember 1988 ca. 40 Tonnen militärischen Archivgutes, darunter über 3000 Akteneinheiten preussischer und deutscher Heeresarchivalien, aus Moskau überführt. Speziell zu letzteren vgl. den in Kürze erscheinenden eingehenden

Etwa ein halbes Jahr später erhielt der Suchdienst des Internationalen Roten Kreuzes aus Moskau Totenlisten des Vernichtungslagers Auschwitz mit den Namen von rund 70000 Opfern. Um die gleiche Zeit, im Juli 1989, übermittelte die sowjetische Archivhauptverwaltung ihrer Ostberliner Schwesterbehörde eine erste, noch vage gehaltene (und wie wir heute wissen: unvollständige) Liste von Dokumenten deutscher Provenienz „in den staatlichen Archiven der UdSSR“, in welcher von insgesamt knapp 30000 Archivalieneinheiten (AE) diverser Reichsbehörden die Rede war. Unklar blieb vorerst allerdings, wo genau sich diese Akten befinden; erst jetzt läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es sich hier um Bestände – genauer gesagt: um einen Teil der Bestände – des Moskauer Zentralen Staatsarchivs handelt. Freilich sind von dort einzelne Aktenstücke immer wieder auch an andere Archive, und zwar nicht nur nach Potsdam, sondern auch an die Archive des KGB, der KPdSU sowie des sowjetischen Außenministeriums, abgegeben worden. Da für die Auswahl dieser Akten nicht archivalische Gesichtspunkte, sondern die Verwertungsinteressen der sowjetischen Behörden maßgeblich waren, wurde der innere Zusammenhang vieler Bestände auf diese Weise über das durch die Kriegs- und Nachkriegswirren bedingte Maß hinaus zerrissen. Die seinerzeit in die DDR überführten Teilbestände machen jedenfalls (das lassen die Abgabevermerke klar erkennen) nur einen relativ kleinen Prozentsatz des im Moskauer Staatsarchiv lagernden Beutegutes aus; zudem scheint es sich bei ihnen überwiegend um Materialien von untergeordneter bzw. regionaler Bedeutung gehandelt zu haben.

II.

Welche Art Schätze sind es nun, die das sowjetische Staatsarchiv beherbergt? Vielerlei Gründe machen es schwierig, diese Frage präzise zu beantworten. Noch nämlich ist das, was sich hinter den massiven Mauern des mehrgeschossigen, von deutschen Kriegsgefangenen errichteten Gebäudes in der Vyborgskaja uliza verbirgt, weit davon entfernt, ein „normales“ Archiv zu sein. So erfuhren die Teilnehmer einer im Juli 1991 vom Kulturwissenschaftlichen Institut (Essen) ausgerichteten Tagung vom ehemaligen Leiter des Sonderarchivs und jetzigen stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Komitees für Archivangelegenheiten, A. S. Prokopenko, und seinem Nachfolger, dem heutigen Archivdirektor V. N. Bondarev, zwar, daß das Archiv interessierten Historikern nunmehr grundsätzlich offenstehe, mußten sich im übrigen jedoch mit vagen Andeutungen über Art und Umfang der vorhandenen Bestände begnügen. Dieser ostentativen Zurückhaltung auf russischer Seite entspricht die Erfahrung, daß auch der ins Staatsarchiv eingeladenen Historiker zur Zeit noch nicht davon ausgehen kann, mit seiner Benutzungsgenehmigung gleichsam automatisch ein Anrecht auf Einblick in die bislang rein internen Zwecken dienenden Findmittel erworben zu haben. So haben von den bislang wenigen Dutzend Gästen des Archivs – die Besuche aus westlichen Ländern standen überwiegend mit Ermittlungsverfahren wegen NS- und Kriegsverbrechen im Zusammenhang – die allermeisten nur einen schmalen Ausschnitt sie speziell interessierender Teilbestände zu Gesicht bekommen.

Vor dem Hintergrund solcher Informationsarmut können die nachstehenden, auf den Erfahrungen eines dreiwöchigen Besuchs des Staatsarchivs im Dezember 1991 basierenden

den Bericht von Uwe Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten zur preußisch-deutschen Heeresgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 51 (1/92).

Mitteilungen nicht mehr als eine erste Annäherung an den Gegenstand sein. Um den Ausgawert des Berichts, seine Lücken und möglichen Fehler deutlich zu machen, sind einige Vorbemerkungen nötig. So erfolgte der Besuch im Staatsarchiv im Zuge von Forschungen des Verfassers für das vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt betreute Projekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ und galt vor allem Fragen der deutschen Strategie und Kriegführung gegenüber der Sowjetunion in den Jahren 1942 bis 1944. Die mitgeteilten Informationen werden also weitgehend von diesem Forschungsinteresse bestimmt. Erschwert wird ein umfassender Überblick im übrigen dadurch, daß es sich bei den über tausend deutschsprachigen Beständen („Fonds“) um nicht nur quantitativ – die jeweiligen Umfänge variieren zwischen 1 und über 20 000 Akteneinheiten –, sondern vor allem auch qualitativ höchst unterschiedliche Sammlungen handelt. So finden sich ohne erkennbare Systematik neben den Fonds der Ministerien und obersten Reichsbehörden solche regionaler und lokaler Dienststellen (bis hin zur „Betriebsmiliz der städtischen Straßenbahn Wien“), private Nachlässe sowie Firmen- und Verbandsarchive. Hinzu kommt, daß die verfügbaren Findmittel – neben einer zweisprachig russisch-deutschen Bestandsübersicht („kniga fondov“) existieren rein russischsprachige Repertorien für jeden einzelnen Bestand – mit Findbüchern regulärer Archive nur begrenzt vergleichbar sind. Von Bearbeitern angelegt, die mit der Struktur deutscher Behörden nur wenig vertraut waren, enthalten die Repertorien neben Angaben über die Laufzeit der Akten oft nur summarische Themenhinweise; soweit auf einzelne Dokumente gesondert verwiesen wird, erscheint deren Auswahl bisweilen willkürlich und nicht primär am Grundsatz historiographischer Bedeutsamkeit orientiert. Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß die Findmittel weniger ein Ergebnis systematischer Erschließungsarbeit sind, sondern eher den ursprünglichen (Un-)Ordnungszustand des deutschen Beutegutes bei seiner Verbringung in die Sowjetunion spiegeln.

Entsprechend seinem Charakter als Aufbewahrungsstätte von Kriegstrophäen beherbergt das Moskauer Staatsarchiv nicht allein deutsche Dokumente, sondern auch Unterlagen anderer Länder, darunter polnische sowie (vermutlich) auch ungarische und rumänische Akten. Von quantitativ wie qualitativ herausragender Bedeutung sind darüber hinaus die erst jüngst bekanntgewordenen französischen Bestände, bei denen es sich im wesentlichen um die von der deutschen Wehrmacht im Zuge der Besetzung von Paris 1940 geraubten Akten, darunter ca. 300 000 Akteneinheiten der Sûreté Générale sowie etwa 20 000 Bände des Deuxième Bureau, also des Nachrichtendienstes der französischen Armee, handelt³. Zumindest von der letztgenannten Dienststelle sind aber auch Dokumente aus der Zeit nach 1940, d. h. aus den Jahren der Vichy-Regierung, überliefert (Fond 198).

Was nun das Archivgut deutscher Provenienz angeht, so dürfte die Masse dieser Unterlagen der Roten Armee im Frühjahr und Sommer 1945 im Zuge der Besetzung Deutschlands in die Hände gefallen sein. Den Grundstock der Sammlungen bilden jedenfalls mehrere mit Akten deutscher Zentralbehörden beladene Eisenbahnwaggons, die, gegen Kriegsende nach Schloß Althorn in Niederschlesien ausgelagert, dort von Einheiten der sowjetischen 59. Armee erbeutet wurden. Andere Unterlagen waren bereits kurz zuvor, Ende Mai, von sowjetischen Truppen im Potsdamer Reichsarchiv entdeckt und beschlagnahmt worden⁴.

³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 11. 1991.

⁴ Zum Umfang der seinerzeit aus dem Reichsarchiv bzw. dem auf dem gleichen Areal angesiedelten Heeresarchiv abtransportierten Akten vgl. die Berechnungen bei Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten.

Neben derartigen Beuteakten im engeren Sinne verwaltet das Staatsarchiv ferner mannigfache in der Sowjetunion selbst entstandene Dokumente deutscher Provenienz, so z. B. eine umfangreiche Sammlung von Feldpostbriefen⁵, Berichte deutscher Kriegsgefangener (insbesondere aus dem Umkreis der Antifa-Komitees) sowie Unterlagen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des „Bundes Deutscher Offiziere“. Einen weiteren sehr wichtigen Überlieferungskomplex bilden die Akten der für die deutschen Kriegsgefangenen zuständigen Hauptverwaltung des NKWD, die nach Auflösung derselben (1958) komplett ins Sonderarchiv überführt wurden. Allerdings ist dieser Bestand offenbar bis heute für die Benutzung gesperrt.

III.

Die folgenden Bestände des „Trophäenarchivs“ verdienen allein schon aufgrund ihres Umfangs besondere Beachtung⁶:

- *Fond 500: Reichssicherheitshauptamt* (ca. 3000 Akteneinheiten/AE) Die Masse der Archivalien betrifft Angelegenheiten der Gestapo (etwa 1800 AE) sowie der Auslandsabteilung des SD (etwa 600 AE), während aus dem Bereich der Kripo nur wenige Unterlagen (38 AE) überliefert sind. Von den recht zahlreich an die DDR, den KGB und das Institut für Marxismus/Leninismus abgegebenen Originalunterlagen sind Mikrofilme vorhanden.

Tatsächlich ist das die Polizei und den Sicherheitsdienst betreffende Material noch weit umfangreicher als im Fond 500 ausgewiesen, da eine Reihe regionaler Behörden – neben dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei „Ostland“ (Fond 504) diverse SD-Abschnitte, Stapo-Stellen und Polizeipräsidien (u. a. Berlin und Stettin) – in eigenen Beständen vertreten sind. Zudem findet sich im Fond 1323 eine weitere umfangreiche Dokumentensammlung (ca. 700 AE) zur Rolle von Polizei und SD in Deutschland und den besetzten Gebieten. Auch der Bestand „Reichsinnenministerium“ (Fond 720) enthält einige Gestapo-Akten.

- *Fond 502: Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei in Auschwitz* (einige hundert AE)
- *Fond 519: NSDAP* (408 AE)

Eine weitere Sammlung von SA- und NSDAP-Dokumenten findet sich im Fond 1212 (1311 AE)

- *Fond 545: Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt, Berlin*⁷ (465 AE)

⁵ Die insgesamt ca. 6000 Briefe aus den Fonds 1275 und 1452 bilden die Grundlage einer unlängst erschienenen Dokumentation, die – begrüßenswert in ihrem Anliegen – editorisch leider manche Wünsche offen läßt: „Ich will heraus aus diesem Wahnsinn“. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941–1945. Aus sowjetischen Archiven. Mit einem Vorwort von Willy Brandt, hrsg. von Anatoly Golovchansky, Valentin Osipov, Anatoly Prokopenko, Ute Daniel und Jürgen Reulecke. Wuppertal 1991.

⁶ Die nachstehenden, aus den Findbüchern übernommenen Angaben über die Zahl der in den jeweiligen Fonds enthaltenen Archivalieneinheiten (AE) – Aktenordner, -mappen oder -faszikel – berücksichtigen in einigen Fällen nicht die inzwischen an andere Archive abgegebenen Unterlagen. Sie sind darum vor allem bei den nicht näher kommentierten Fonds nur als Anhalt zu verstehen.

⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang demnächst Helmut Otto, Der Bestand „Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres“ im Bundesarchiv-Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 52 (2/92).

- *Fond 700: Vierjahresplan (337 AE)* Der Schwerpunkt des Bestandes liegt in den Jahren 1941 bis 1944. Bemerkenswert sind u. a. die Unterlagen über die ökonomische und finanzielle Ausbeutung der besetzten Gebiete und die Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Machttägern.
 - *Fond 720: Reichsministerium des Innern (14544 AE)* Zum weit überwiegenden Teil (ca. 11 600 AE) handelt es sich um Personalakten von Angehörigen des Ministeriums aus den Jahren 1873 bis 1945; ein weiterer großer Teil betrifft Standesamtsangelegenheiten (ca. 1 100 AE). Eine erhebliche Zahl von Geschäftsverteilungsplänen, Organisationsschemata und Mitarbeiterverzeichnissen wurde an das sowjetische Außenministerium abgegeben. Von den restlichen Akten stammt ein kleiner Teil aus den Jahren vor 1914, der größere aus den zwanziger bis vierziger Jahren. Neben Drucksachen und Aufzeichnungen des inneren Geschäftsverkehrs dominieren Vorgänge zur Entwicklung des politischen Radikalismus (KPD-, Komintern-, NS-Aktivitäten) und seiner Bekämpfung, zu Heirats- und Staatsangehörigkeitsfragen sowie zur Umsiedlungspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Ein Teilbestand enthält darüber hinaus eine umfangreiche Korrespondenz mit den Regierungspräsidenten sowie anderen Reichsministerien (Auswärtiges Amt, Finanz- und Justizministerium, Gestapo).
 - *Fond 1146: Reichsjustizministerium (1365 AE)*
 - *Fond 1275: Militärische Akten aus dem ehemaligen Reichsarchiv (bzw. Heeresarchiv), Potsdam (ca. 2300 AE)* Die Überlieferung verdient insofern besonderes Interesse, als große Teile der im Potsdamer Heeresarchiv befindlichen Unterlagen in den letzten Kriegsmonaten durch Luftangriffe verlorengegangen sind⁸. Die Moskauer Sammlung wurde seit 1950 im Sonderarchiv angelegt und ist durch weiteres Archivgut aus dem Besitz der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie aus anderen sowjetischen Staatsarchiven immer weiter ergänzt worden. Sie umfaßt Materialien unterschiedlichster Art, deren Datierung zum Teil bis weit vor den Ersten Weltkrieg, in Einzelfällen bis ins Jahr 1808 zurückreicht. Jeweils etliche hundert Bände betreffen den Ersten Weltkrieg (u. a. die Lage in Afrika und in der Türkei) sowie die Zwischenkriegszeit. Der Schwerpunkt liegt bei den Jahren des Zweiten Weltkrieges, wobei es sich offenbar in der Masse um Kriegstagebücher (nebst Anlagen) von nachgeordneten Einheiten und Verbänden (Bataillone, Regimenter u. ä.) handelt, seltener um solche von Divisionen (u. a. 3. mot. Infanteriedivision; 217., 257., 296., 318., 377. und 387. Infanteriedivision; 444. Sicherungsdivision), Korps (XXIV. Panzerkorps, III. Armeekorps, VIII. Fliegerkorps) oder gar Armeen (z. B. Armeeeberkommando 2). Neben einer Reihe von Lagekarten, Schlachten- und Gefechtsberichten sind ferner die Sammlungen von Disziplinar- und Kriegsgerichtsakten (u. a. der 1. und 4. Panzerarmee), von deutschen und alliierten Flugblättern und -schriften sowie von deutschen Feldpostbriefen – zahlreiche von ihnen aus dem Stalingrader Kessel – bemerkenswert. Einige Hundert personenbezogene Akten wurden aus dem Bestand ausgegliedert und in den Fond 1380 integriert.
- Auch der Fond 1255 enthält einen kleineren Bestand aus dem Potsdamer Reichsarchiv (108 AE). Er betrifft überwiegend den Ersten Weltkrieg und die Jahre zwischen den

⁸ Vgl. dazu Bernhard Poll, Vom Schicksal der deutschen Heeresakten und der amtlichen Kriegsgeschichtsschreibung, in: *Der Archivar* 6 (1953), Sp. 65–76 sowie zuletzt Löbel, *Neue Forschungsmöglichkeiten*.

Kriegen, reicht in Einzelstücken aber offenbar bis ins 18. Jahrhundert zurück. Er enthält u. a. Übersichten über die deutscherseits im Ersten Weltkrieg erbeuteten belgischen sowie die 1939/1940 erbeuteten polnischen Akten. Teile dieses Bestandes wurden allerdings an die DDR bzw. an das Archiv der KPdSU abgegeben.

Akten der Dienststelle „Chef der Heeresarchive“ sind darüber hinaus im Fond 1256 enthalten (163 AE), Unterlagen zur Zweigstelle des Heeresarchivs in Danzig-Oliva im Fond 1387.

- *Fond 1355: Privatkanzlei Hitlers* (828 AE)
- *Fond 1357: Auswärtiges Amt* (350 AE) Das sehr heterogene Material stammt überwiegend aus den dreißiger und vierziger Jahren, reicht z. T. aber auch in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Neben Verzeichnissen der Angehörigen des Auswärtigen Amtes und einer umfangreichen Korrespondenz mit deutschen Konsulaten und sonstigen Repräsentanten des Reiches im Ausland, liegt der Schwerpunkt bei Problemen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere dem Schicksal in der Sowjetunion inhaftierter oder von dort geflohener deutscher Staatsbürger. Bemerkenswert ist ferner eine ausgedehnte Korrespondenz des Büros zur Überwachung der Liquidation ausländischer Einrichtungen in Deutschland und den vom Reich besetzten Ländern aus den Jahren 1938 bis 1945.
- *Fond 1358: Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* (1069 AE)
- *Fond 1361: Dokumente über Justizeinrichtungen in Deutschland* (ca. 11 600 AE)
Die thematisch sehr vielschichtige Sammlung enthält Ermittlungs- und Gerichtsakten von Straf- und Zivilprozessen aus den Jahren 1910 bis 1945, darunter auch Spionage- und Hochverratsfälle. Integriert sind hier außerdem Unterlagen des Volksgerichtshofes, die ursprünglich einen eigenen Bestand (Fond 1357) bildeten.
- *Fond 1363: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (639 AE)
Überliefert sind offenbar Unterlagen der Abteilungen „Kunst“, „Rundfunk“, „Presse“, „Film“ und „Schrifttum“.
- *Fond 1372: Dokumentensammlung zur Verwaltung der Waffen-SS und zur Rentenversorgung ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger* (22 873 AE)
- *Fond 1457: I. G. Farben* (6923 AE)
- *Fond 1458: Reichswirtschaftsministerium* (13 355 AE)
- *Fond 1465: Deutsche Länderbank Berlin* (1408 AE)
- *Fond 1477: Joseph Goebbels* (1140 AE) Im Zentrum der Goebbels-Sammlung stehen die Tagebücher (1928–1945, mit Lücken), die freilich nicht im Original, sondern nur – in teilweise mehrfacher Ausfertigung – als (verkleinerte) Lichtbildkopien der handschriftlichen Fassung vorliegen. Was die zweite Kriegshälfte angeht, so ist die Überlieferung hier sehr fragmentarisch; aus der Zeit von Juni 1943 bis Februar 1945 sind die Aufzeichnungen nur weniger Tage überliefert.
Neben dem Tagebuch bietet der Bestand zahllose Manuskripte und handschriftliche Entwürfe kleinerer und größerer Schriften, Zeitungsartikel, Reden und Radioansprachen, ferner Goebbels' Korrespondenz (u. a. aus den Jahren 1930 bis 1933).
Weitere Unterlagen befinden sich offenbar noch im Archiv des Sowjetischen Außenministeriums.
- *Fond 1510: Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz/ Der Beauftragte in Frankreich* (450 AE)

Kleinere Bestände bzw. Splitterakten wichtiger deutscher Behörden finden sich darüber hinaus auch in folgenden Fonds:

- *Fond 567: Reichsgericht und Reichsanwaltschaft, Leipzig* (Umfang nicht ermittelt)

- *Fond 1232: Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Kattowitz* (205 AE)
 - *Fond 1233: Preußisches Innenministerium* (103 AE)
 - *Fond 1235: Reichskanzlei* (117 AE) Eine größere Zahl vor allem älterer Akten (ab 1884) wurde an die DDR abgegeben, Unterlagen über die deutsch-russischen Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk auch an das sowjetische Außenministerium. Die noch vorhandenen, thematisch sehr heterogenen Materialien betreffen neben wenigen Bänden aus dem Ersten Weltkrieg vor allem die Jahre des „Dritten Reiches“ (Beziehungen zur Sowjetunion u. a. Ländern; besetzte Gebiete; Privatbriefe an die Reichskanzlei).
 - *Fond 1401: Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg* (76 AE)
 - *Fond 1409: Der Generalbauinspektor der Reichshauptstadt* (36 AE)
 - *Fond 1413: Präsidialkanzlei Berlin* (53 AE)
 - *Fond 1415: Der deutsche Generalgouverneur in Belgien* (98 AE)
 - *Fond 1424: Kriegsgeschichtliche Abteilung des Heeres* (22 AE)
 - *Fond 1450: Befehlshaber der deutschen Luftwaffe in Rumänien* (19 AE)
 - *Fond 1467: Reichswehr- bzw. Reichskriegsministerium* (26 AE) Diese Akten datieren ganz überwiegend aus der Zeit von 1914 bis zur Mitte der dreißiger Jahre.
 - *Fond 1470: Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten* (47 AE)
 - *Fond 1488: Büro des Reichsprotectors Böhmen und Mähren* (84 AE)
- Neben den Überlieferungen reichsdeutscher Behörden und Dienststellen enthält die „Trophäensammlung“ des Staatsarchivs auch die Akten einiger im deutschen Machtbereich gelegener ausländischer staatlicher Einrichtungen. Besonders bemerkenswerte Beispiele hierfür sind das umfangreiche Archiv des Fürstentums Liechtenstein (Fond 1388/1101 AE) sowie die Akten des Wiener Bundeskanzleramtes (Fond 515).

IV.

Die Überlieferungen staatlicher, quasi-staatlicher und NS-spezifischer Einrichtungen machen den vom Umfang her wohl bedeutendsten Teil der Sammlungen des Staatsarchivs, gleichwohl aber nur eine relativ kleine Zahl der vorhandenen Fonds aus. In ihrer Mehrheit beziehen sich diese nämlich auf nicht-staatliche Organisationen unterschiedlichster Art, von denen folgende Bestandsgruppen ins Auge fallen:

- *Freimaurerlogen:* Die Bestandsübersicht verzeichnet ca. 400 Fonds, von welchen offenbar aber ein sehr großer Teil bereits 1957 an die DDR abgegeben wurde.
- *Jüdische Organisationen:* Einige Dutzend Fonds von Interessenverbänden (z. B. Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs), zionistischen Vereinigungen und israelistischen Kultusgemeinden überwiegend aus Österreich, und hier wiederum vor allem aus Wien.
- *Christlich-konfessionelle Vereinigungen:* ca. 20 Fonds evangelischer sowie vor allem katholischer Verbände (wie etwa „Verband der Katholischen Arbeitervereine“, „Katholische Studentenverbindungen“ und „Friedensbund Deutscher Katholiken“), aber auch z. B. der Berliner Paulusbund („Vereinigung nicht-arischer Christen“).
- *Sozialistische, pazifistische und „internationalistisch“ orientierte Organisationen* vorwiegend österreichischer Provenienz wie z. B. die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (Wien), die „Weltjugendliga“ (Wien), die „Österreichische Liga für Völkerbund und Völkerverständnis“ oder die „Arbeitsgemeinschaft österreichischer Friedensvereine.“ In den gleichen Zusammenhang gehören einige ausländische bzw. Emigrantensorganisationen wie die „Sozialistische Jugendinternationale“, die „Zentral-

vereinigung österreichischer Emigranten“, der „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ (alle Paris) oder das „Institut International d’Histoire Sociale“ in Amsterdam.

- *Nachrichtenbüros, Verlage und Zeitungsredaktionen*: U. a. ein umfangreicher Fond des „Deutschen Nachrichtenbüros/DNB“ (646 AE).
- *Firmenarchive*: Nur wenige Bestände, von denen neben der schon erwähnten I. G.-Farben-Sammlung vor allem die Akten der Firma Mannesmann/Stahlblechbau AG Berlin (257 AE) bemerkenswert scheinen.

Über die Akten staatlicher und nicht-staatlicher Einrichtungen hinaus verwaltet das Staatsarchiv schließlich auch einen bemerkenswerten Fundus personenbezogener Akten bzw. privater Nachlässe, von denen die Sammlung der Goebbels-Papiere der umfangreichste sein dürfte. Immerhin weist das Bestandsverzeichnis Fonds von wenigstens 80 Persönlichkeiten deutscher oder österreichischer Herkunft aus, darunter – um nur wenige Namen zu nennen – Politiker wie Joseph Wirth (Fond 600), Paul Löbe (Fond 1480), Hermann Rauschning (Fond 633), Otto Strasser (Fond 1214), Hjalmar Schacht (Fond 1462) und Franz von Papen (Fond 703) sowie Dichter, Schriftsteller und Publizisten wie Ludwig Quidde (Fond 541), Walther Benjamin (Fond 595), Alfred Mombert (Fond 624), Arthur Koestler (Fond 619), Othmar Spann (Fond 658) und Fritz von Unruh (Fond 649).

V.

Die Bestände des Zentralen Staatsarchivs stellen nur einen – wenn auch den vielleicht größten – Teil der noch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion befindlichen deutschen Akten dar. Weitere Unterlagen, insbesondere Dokumente deutscher Besatzungsbehörden und Kriegstagebücher von Wehrmachtverbänden, lagern in den Archiven der baltischen Republiken (Tallinn, Riga, Vilnius), aber auch in der Ukraine (Kiew), in Weißrußland (Minsk, Brest) und anderswo. Von vielleicht noch größerer Bedeutung sind die zentralen Behördenarchive ehemaliger sowjetischer Ministerien. Neben den bereits erwähnten Archiven des KGB, der KPdSU und des Außenministeriums sind in diesem Zusammenhang vor allem die in der Verantwortung der sowjetischen Militärarchivverwaltung stehenden Einrichtungen zu nennen: So das für Seekriegsunterlagen zuständige „Archiv Alter Akten“ in St. Petersburg sowie das Moskauer „Archiv Alter Heeresakten“, das u. a. deutsche und österreichische Beuteunterlagen aus dem Ersten Weltkrieg besitzt. Von größter Bedeutung für die Forschungen zum Zweiten Weltkrieg dürften ferner das „Archiv der Oktoberrevolution“ mit seiner Sammlung Nürnberger Prozeßdokumente, vor allem aber das „Zentrale Archiv des Verteidigungsministeriums“ in Podol’sk sein. Allein letzteres beherbergt weit über 10000 Bände militärischen Schriftgutes vom Oberkommando der Wehrmacht bis zu einzelnen Einheiten und Feldkommandanturen.

Offenkundig sind einzelne Moskauer Ministerien mittlerweile zu einer Politik der vorsichtigen Öffnung ihrer Archive übergegangen⁹. Da diese indes – anders als das Zentrale Staatsarchiv – zumeist nicht der Verantwortung des (an die Stelle der früheren sowjetischen Archivhauptverwaltung getretenen) russischen Komitees für Archivangelegenheiten unterliegen und es zudem an einem allgemeinverbindlichen Archivgesetz noch fehlt, hängt die

⁹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Beitrag von Karl-Heinz Janßen/Th. Kleine-Brockhoff, „Der KGB lädt ein“, in: *Die Zeit*, 19. 7. 1991.

Frage der Zugangsgenehmigung und der Besuchsmodalitäten derzeit noch ganz vom Wohlwollen der zuständigen Dienststellen ab. Andererseits scheint sich mit der in Kürze zur Unterzeichnung anstehenden Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen dem Bundesarchiv und dem russischen Archivkomitee ein Kooperationsmodell herauszubilden, das zumindest für große Teile der in der ehemaligen Sowjetunion noch befindlichen deutschen Akten unabhängig von der heiklen Frage ihrer eventuellen Rückführung eine internationalen Standards entsprechende Zugangs- und Nutzungsregelung in Aussicht stellt.

NEUER LEITER DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Die Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte bestellte mit Wirkung vom 1. April 1992 Herrn Professor Dr. Horst Möller, zuletzt Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, zum neuen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. Herr Möller wurde außerdem als ordentlicher Professor für neuere und neueste Geschichte an die Universität Regensburg berufen.

Der seit 1. Mai 1983 als stellvertretender und seit 16. Oktober 1989, nach dem Tod des am 1. Juli 1972 zum Direktor des Instituts bestellten Professors Dr. Martin Broszat, als kommissarischer Leiter amtierende Professor Dr. Ludolf Herbst wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1991 als ordentlicher Professor für neuere und neueste Geschichte an die Berliner Humboldt-Universität berufen.

Ab 1. April 1992 wird Professor Dr. Horst Möller zusammen mit Professor Dr. Karl Dietrich Bracher und Professor Dr. Hans-Peter Schwarz auch als Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte tätig sein.

Hermann Graml

Korrekturhinweis zum Aufsatz von Eckhard Hübner im Januarheft 1992

Aufgrund eines technischen Versehens beim Druck ist es im Aufsatz von Eckhard Hübner über „Neues Licht auf die sowjetische Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg?“ [40 (1992), S.79–94] auf den Seiten 84, 85, 88, 89 und 90 zu einigen Unkorrektheiten gekommen, die wir zu entschuldigen bitten. Es handelt sich dabei um die Anmerkungen im Text, die zwar an der richtigen Stelle plaziert sind, aber falsche Zahlen erhalten haben. Korrekt muß es heißen: 18 statt 15, 19 statt 16, 23 statt 20, 24 statt 21, 25 statt 22, 26 statt 23, 27 statt 24, 28 statt 25, 29 statt 26, 30 statt 27, 31 statt 28 und 32 statt 29.

Abstracts

Helga Haftendorn, Origins of the 1967 NATO Harmel Report.

Based on original documents and a large series of interviews, origins, procedures, and results of the so-called Harmel exercise in NATO are described. During the cumbersome one-year process, agreement on the state of East-West relations, on the German question, and on out-of-area conflicts were major stumbling blocks. The biggest problem, however, was to reach French agreement on the findings of the Special Committee and of its subgroups, or at least its acquiescence to the publication of a final report, commonly known as the Harmel Report of December 1969. The lasting impact of the Harmel Report has been less a result of the very original ideas contained in it, but rather the ingenious description of the two main functions of the Alliance: to maintain adequate military strength, and to lead a policy of détente. This formula has served the Alliance well in the 25 years since, and has become the *raison d'être* of German foreign policy.

Piotr Madajczyk, Rapprochement and Forgiveness. The Message of 18 November 1965 from the Polish Bishops to their German Counterparts.

This study deals with the question of the origin of the message of 18 November 1965 from the Polish bishops to their German counterparts. Bishop Kominek, as the author of the message, and Cardinal Stefan Wyszyński, as the Leader of the Polish Church, play especially important roles here. Religious and political elements were evident on both sides. This message had a dramatic effect on domestic policy in Poland. In a time of conflict between State and Church, anti-German sentiment was an integrating element in Polish society. Reaction in Poland to the bishops' message was thus determined more by domestic political factors than by foreign policy considerations.

Werner Bührer, The Federation of German Industry and the Foreign Policy of the Federal Republic of Germany in the 1950s.

The article concentrates on the BDI's perceptions of the Federal Republic's role and influence in the international relations of the 1950s. Since the West German economic potential was one of the main sources of political "power", the conceptions and aims of the most important economic association acquired considerable political significance. The BDI supported Adenauer's efforts to tie the Federal Republic closely to the West. Supranational integration, however, was opposed by the BDI because it was seen as an obstacle to future ambitions. Accordingly, even though the achievement of formal sovereignty in 1955 did not mean any turning point in BDI policy, the association now wanted to see the Federal Republic's enhanced international influence used to expand its room for political manoeuvre, or at least to prevent any further limitation of its new economic and political strength.

Ian Kershaw, Ideology and Propaganda in Hitler's Speeches and Writings 1925–1928.

The lecture, reprinted here, analyses the content of Hitler's speeches and writings between 1925 and 1928. The acquisition of 'living space' – which before 1925 had not figured anything like so prominently in Hitler's speeches and writings – is shown to find increasing emphasis in this period. The edition allows the development of this central element of Hitler's 'world-

view', which meets its full expression in his 'Second Book' of 1928, to be systematically followed for the first time. The implications of the edition for wider historiographical questions are considered. The edition, it is claimed, shows Hitler offering less a 'blueprint for power' than a 'utopian vision', and provides no grounds to support the view that Hitler had a coherent 'social programme' or could be regarded as an 'intentional moderniser'.

Geoffrey T. Waddington, Hitler, Ribbentrop, the NSDAP and the Decline of the British Empire 1935–1938.

The international crises of 1936 and 1938 radically altered both the diplomatic and the military balance between the European powers. Yet it was during 1937 that crucial decisions were taken by the National Socialist leadership which were to have a decisive bearing upon the course of relations between Great Britain and Germany on the eve of the outbreak of the Second World War. Hitler, who had been searching for a bilateral arrangement with the British since his accession to power, now abandoned that search, feeling that an Anglo-German partnership was no longer essential to a successful *Drang nach Osten*. Ribbentrop, Hitler's self styled 'England expert', also concluded during his term as Ambassador in London that agreement with Britain was impossible and advised at the turn of 1937–8 the creation of an anti-British alliance. It was also during 1937 that the radical elements of the NSDAP finally gave up on the idea of an Anglo-German partnership, viewing Germany's relationship with Italy and Japan as far more beneficial to German interests. This essay attempts to throw some light upon the general reasons for the widespread disillusionment with the policy of Anglo-German friendship which appeared to grip the Nazi leadership during 1937, and to indicate British responses to what was widely identified in the Foreign Office in London as an increasingly alarming situation.